

Paul Schäfer

Warum die Friedensbewegung sich als aufklärerisch verstehen und sich von irrationalen „Wutbürgern“ unterscheiden muss

Bei den Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung, die sich auch in heftigen Debatten in der linken Szene widerspiegelt, geht es nicht darum, wer für oder gegen Friedensdemos, wer für oder gegen breite Bündnisse ist. Es geht exakt darum, ob die von einem Teil der führenden Friedensaktivisten verfolgte politische Linie der Öffnung zur sog. „neuen Friedensbewegung“ angebracht und weiterführend ist, oder ob sie im Gegenteil auf einen Irrweg führt. Unter dieser neuen Friedensbewegung werden die „Mahnwachen“ (auch Montagsdemos genannt), die sich seit einiger Zeit gebildet haben und dabei gegen eine wachsende Kriegsgefahr, die NATO etc. auftreten. Unter der Überschrift „Friedenswinter“ sollen sich nun alte Friedensbewegung (wer ist das?) und neue Bewegung vereinen. Es wird dabei auch von den Befürwortern des Friedenswinters innerhalb der Linken gar nicht gänzlich bestritten, dass sich unter den Anführern und Teilnehmern/innen auch zwielichtige Personen befinden, deren antisemitische, irrational-esoterische, verschwörungstheoretische Tendenzen man argwöhnisch beobachten müsse. Und man besteht auch dort darauf, dass gemeinsame Aktionen sich klar von Neonazis distanzieren müssten. Ansonsten ist viel von Verständnis die Rede, man müsse die Wut dieser Leute „auf die da oben“ verstehen, ihre Ängste vor dem Großen Krieg usw. usf.

Aber schon deshalb springt eine gewisse Parallelität von PEGIDA und Mahnwachenbewegung ins Auge. Es versammeln sich Leute, die nicht unbegründet frustriert sind, die Zukunftsängste haben, weil sie sich an den Rand gedrängt sehen, die nicht zu unrecht, erzürnt sind über die Schlechtigkeit der Welt. Dabei ist es gar nicht verkehrt, sondern geboten, dass wir uns als Linke und Friedensbewegte damit auseinandersetzen müssen und versuchen sollten, mit Einzelnen, die da aktiv werden, ins Gespräch kommen. Und es ist besonders wichtig von den Regierenden und allen Parteien zu fordern, endlich den Protest gegen ungerechte und unzumutbare Verhältnisse ernst zu nehmen und sich den Ursachen des Protestes zuzuwenden. Aber müssen wir alles, was da hochkommt, „verstehen“? Also auch die Suche nach Sündenböcken für die Misere, an die sich deren pauschale Identifizierung anschließt: „die Politik“, „die Medien“, „die Amis“, „die Banken“, „die Ausländer“, und am Ende wieder „die Juden“? Nein und nochmals nein. Wenn Bürgerinnen und Bürger, zumal aus Regionen, in denen es kaum Asylbewerber und kaum Zuwanderer gibt, ihren geharnischten Protest an „den Fremden“, „den Islamisten“ ablassen, dann habe ich dafür keinerlei Verständnis. Diesem Protest stelle ich mich entgegen.

Aber ist es nicht verzerrend, ja verunglimpfend, die Dresdner Demonstranten mit der Mahnwachenbewegung in einem Atemzug zu nennen? Ich behaupte keineswegs, dass es sich um ein und dieselbe Sache handelt. Aber wir sollten schon sehr sorgfältig auf zwei Dinge achten: Für was stehen tragende Personen in den jeweiligen Aktionen bzw.

Aktionsbündnissen? Und welche Stimmungslagen kommen in diesen Bewegungen zum Vorschein, die in eine bestimmte politische Richtung umkippen können?

Zum ersten Punkt mag ein Beispiel genügen:

Einer der Co-Gastgeber der wöchentlichen Montags-Mahnwachen in Berlin in Berlin ist Ralf Schurig, der den Internet-Blog „Spiritualität des Alltags“ betreibt. Dort ist zu lesen:

„Was das deutsche Volk erlitten hat ist in meinen Augen schon lange nicht mehr fair. Ich leugne nicht, dass es einen Holocaust gab und ich empfinde tiefe Trauer für die vielen Gestorbenen. Die Leugner sitzen auf einer ganz anderen Bank. Es wird geleugnet, dass es nach dem zweiten Weltkrieg einen zweiten Holocaust gab, nämlich an den deutschen Kriegsgefangenen. Wer es liebt, dass sich ihm die Nackenhaare aufstellen, der mag sich das Thema „Rheinwiesenerlager etwas näher ansehen.“

Wer es nicht weiß: Seit sechs Jahren marschiert die NPD und andere Neonazis Ende November in Remagen auf, um dieses vermeintlichen „Massenmordes an deutschen Soldaten“ zu gedenken. Mehr gefällig?

Das Beispiel zeigt auch, dass der öfter zu hörende Hinweis, die Vertreter der „Mahnwachen“ hätten sich ja bei den Demo-Aufrufen klar gegen Faschismus und Krieg positioniert, ins Leere geht. Die Neue Rechte hat längst kapiert, dass sie mit offenem Nazi-Bekenntnis, der Holocaust-Leugnung usw. gar nichts gewinnen kann. Daher ist der Türöffner für ultrarechte Gesinnung, dass „die Anderen“ mindestens so schlimm oder schlimmer seien – wie heute die Juden gegenüber den Palästinensern.

Zum Zweiten, und dazu soll im Folgenden argumentiert werden, geht es schlicht um die Frage, inwieweit in der neuen Melange aus „alter und neuer Friedensbewegung“ nicht anti-aufklärerische, Trends aufkommen, die einer Öffnung nach rechts, genauer: nach ganz rechts den Weg bahnen.

Die Befürworter des Friedenswinters in den hergebrachten Friedensinitiativen verweisen gerne darauf, dass es schon in der breiten Friedensbewegung der achtziger Jahre schräge/esoterische/bräunliche Elemente gegeben habe, die man nun mal tolerieren müsse, die aber letztendlich nicht weiter ins Gewicht gefallen seien. Das ist sicher richtig. Aber damals hat es sich um eine breite gesellschaftliche Bewegung gehandelt, in der diese Personengruppchen in der Tat keine Rolle spielten. Heute wird diese Breite nur simuliert, die Wortführer der Mahnwachenbewegung geben den Ton an (Bei der Kundgebung in Bochum stellten sie die Hälfte der Redner/-innen.)

Und vor allem, wer so spricht, der vernebelt schlicht den entscheidenden Unterschied: Die damalige Friedensbewegung, mit der sich entwickelnden Friedensforschung im Rücken, hat, auch wenn in ihr Ängste, auch irrationale, eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, vor allem eine aufklärerische Funktion gehabt: Über die Verselbständigung des militärisch-industriellen Komplexes („Rüstungsautismus“), über den Irrsinn der Abschreckungsphilosophie bis zur konkreten Aufdeckung der Waffenpotenziale in Ost und West. In der Folgezeit entwickelten sich fachbezogene Friedensinitiativen (NaturwissenschaftlerInnen, InformatikerInnen, Kulturleute...), die darüber aufklärten, wie sich Militarismus und Krieg auf ihre Fachdisziplinen auswirkten und welchen Beitrag sie umgekehrt für den Frieden leisten könnten. Von einer solchen aufklärerischen Arbeit kann heute keine Rede sein, was nicht weiter verwundern muss - andere Zeiten, andere Umstände. Ich behaupte allerdings: Das Schlimme jedoch ist, dass weite Teile der sehr klein gewordenen heutigen Friedensbewegung heute vor allem vom Ressentiment, vom Angstgefühl, von einem Drang zu einer schlichten Einteilung der Welt in Gut und Böse lebt („Zwischentöne sind nur Krampf ... im Klassenkampf“, dichtete einst F.J. Degenhardt. Das scheint für manche heute besonders zu gelten.) Ich will das auch beispielhaft begründen:

Es ist anti-aufklärerisch, wenn, so der Tenor einiger Reden am letzten Samstag, behauptet wird, wir befänden uns in der Phase einer unmittelbaren Kriegsvorbereitung durch die NATO.

Gestützt wird dies darauf, dass die NATO für Polen und das Baltikum eine Schnelle Eingreiftruppe mit dem zugegeben martialischen Namen „Speerspitze“ aufstellen will. Es gehört nicht viel militärischer Sachverstand dazu, um zu sehen, dass diese 4.000 (in Worten: viertausend) Mann starke Truppe für die Russische Föderation keine Bedrohung darstellt. Russland ist auch militärisch nicht mehr besonders Furcht einflößend, aber so schwach ist es nun wirklich nicht. Polen wollte, dass die Nato zwei komplette Panzerbrigaden dauerhaft an der Grenze zu Russland stationiert. Das hat der NATO-Gipfel abgelehnt. Das mag man verschwörungstheoretisch so deuten, dass die Nato ihre Kriegsvorbereitung besonders geschickt tarnen will...

Ein großer Krieg, d.h. unmittelbar zwischen NATO und Russland, steht auf absehbare Zeit nicht an. Was in der Ukraine geschieht, bleibt ein Stellvertreter-Krieg (aber nicht nur) und das ist schlimm genug. Denn die NATO wird in den nächsten Monaten Ausrüstung und

Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte vorantreiben, und damit eine kompromisslose Regierung in Kiew unterstützen, die möglicherweise im Frühjahr eine militärische Entscheidung herbeiführen will.

Immerhin gibt es auf der anderen Seite Signale, dass Moskau die Kräfte im Donbass, die auf Lostrennung und Anschluss an RUS drängen, an die Kandare nehmen will, das würde zumindest die Chance auf einen Verhandlungsfrieden erhöhen (was aber nebenbei auch belegt, dass bisher nicht nur einseitig gezündelt und eskaliert wurde).

Leider haben die Initiatoren des Aufrufes der 60 (Teltschik, Herzog, Schröder usw.) nicht der Versuchung widerstanden, ihrerseits vor der Gefahr des direkten Krieges mit Russland zu warnen. Offenkundig stand hier das Motiv Pate, einen möglichst alarmistischen Akzent zu setzen, in der Hoffnung, damit mehr Menschen wachzurütteln und zu mobilisieren. (Diese Motivlage teilen sie mit den Kräften der Linken, die es eigentlich auch besser wissen, aber ebenfalls die besonders drastische Agitation benutzen, damit „endlich was passiert“.) Damit jedoch haben sich die 60 eine Blöße gegeben, die ihre Seriösität und damit ihre Breitenwirkung untergräbt. Leider. Denn der Anstoß, dass die deutsche Politik sich ändern müsse, ist unglaublich wichtig.

Die Folgen der westlichen Eskalationspolitik unterhalb der Schwelle eines direkten Krieges für Russland, die Ukraine, aber auch im Westen selbst sind im übrigen schlimm genug. Das betrifft allein schon die volkswirtschaftlichen Kosten: Die Konjunktur lahmt, die Austeritätspolitik wird fortgesetzt, jetzt sollen noch die Rüstungslasten vermehrt werden; RUS und UKR werden noch lange Zeit unter der zerstörerischen Wirkung des Gewaltkonflikts bzw. der Sanktionen zu leiden haben. Hinzu kommen die Folgen der Konfrontation für andere Konflikte mit globalen Wirkungen – die Blockade der UNO ist schon heute ein Element der Konfliktverschärfung statt ihrer diplomatischen Bearbeitung. All dies ist Grund genug, laut gegen diese Form der Konfrontationspolitik aufzustehen. Insofern gibt es genug Gründe für einen Friedenswinter. Die irrationale Angstmache gehört aber nicht dazu.

Es ist anti-aufklärerisch, den jetzigen Konflikt nur als Ergebnis „westlicher Geostrategie“ zu deuten. Als ob die inneren Konflikte in der Ukraine (Maidan und Anti-Maidan) und die Wünsche und Hoffnungen vieler dort lebenden Menschen, die sich nicht völlig grundlos auf „Europa“ richten und eben nicht auf „Russland“, keinerlei Rolle spielen würden! Und man rede sich nicht damit heraus, dass diese Artikulationen der Menschen auf dem Maidan oder anderswo nur das Resultat „westlicher Manipulationsapparate“ gewesen sei. Offensichtlich hat sich die politische Führung in Moskau auch falsche Vorstellungen von einem gegen Europa/pro Russland Volksaufstand zumindest im Osten des Landes gemacht. Warum sonst, muss jetzt diese ausgebliebene Volkserhebung durch russische Waffen und Urlaubssoldaten ausgeglichen werden?

Es ist anti-aufklärerisch, wenn die geopolitischen Ambitionen Russlands unter Putin und dessen autokratische Herrschaft unterschlagen oder auch nur geflissentlich erwähnt werden. Natürlich wehrt sich die russische Regierung, weil sie sich in die Enge gedrängt fühlt. Und der Widerspruch zur Politik der „westlichen Staaten“ in NATO und EU, die die Schwäche Russlands in selbstgefälliger und ignoranter Weise meinen, ausnutzen zu müssen, ist vollauf berechtigt. Aber dass die Führung eines Landes, dessen Bruttoinlandsprodukt so groß ist wie das Italiens, gleichwohl meint, eine Weltmacht zu sein, möglichst auf Augenhöhe mit den USA, und eine entsprechende Machtpolitik zu exekutieren versucht, das soll kein Problem sein? Im heutigen Russland ist dieses Dilemma – Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und tatsächlichem Status -bis heute unaufgearbeitet geblieben. Das Problem wird paranoid überspielt (man lese die jüngsten Reden Putins) und durch einen gesteigerten nationalen Patriotismus überkompensiert. Und das schafft, wenn es sich in völkerrechtswidrigen Gewaltaktionen entlädt, - neben der unverantwortlichen westlichen Eskalationspolitik, genau

das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben. Schließlich sollte noch gesagt werden: Russischer Nationalismus ist nicht besser als ukrainischer.

Ohne die nötige kritische Distanz zu einem autokratischen Regime, das seine eigenen Machtinteressen verfolgt, wird die „Friedensbewegung“ nur zu einem Spielball der gegenwärtigen Machtkonflikte, auf ihre Eigenständigkeit aber kommt es gerade an. Mir sind diejenigen, die als früher Friedensbewegte heute zu scharfer Politik der westlichen Staatenbündnisse gegen die Russische Föderation aufrufen, auch suspekt, genauer und auf gut bayrisch: zuwider. Wer nur die Menschenrechte im Auge hat und die Schrecken kriegerischer Gewalt ausblendet, kann nicht von erhöhter moralischer Warte aus sprechen. Aber wer sich in seiner Politik nur von „geostrategischen“ Einordnungen und Annahmen leiten lässt („Anti-Imperialismus“) und dabei die konkrete Lage der betroffenen Menschen, ihre Bedürfnisse übergeht, kann ebenso wenig als „Weltenretter“ auftreten.

Es ist anti-aufklärerisch, wenn behauptet wird, diese Mobilisierung zum Krieg würde maßgeblich von der deutschen Bundesregierung betrieben.

- Was der Bundesregierung vorzuwerfen ist, dass sie denjenigen in der EU, die meinten die Ukraine vor den Knoten einer Entscheidung „EU vs. Russland“ schieben zu müssen, nicht scharf entgegengetreten ist, ja sogar den Eindruck erweckte, sie trüge diesen Kurs mit. (Es dauerte, bis Merkel diesem Ansatz zumindest deklaratorisch widersprach)
- Was der Bundesregierung vorzuwerfen ist, dass sie die auf einseitiger Schuldzuweisung basierende Sanktionspolitik gegenüber Russland konsequent mitträgt – und damit eine Verhandlungslösung erschwert.
- Was der Bundesregierung vorzuwerfen ist, dass sie die spannungsverschärfende militärische Symbolpolitik mitträgt.

Andererseits: Es war die Bundesregierung, die sehr früh eine Art konstruktiven Krisenmanagements gegenüber dem eskalierten Konflikt innerhalb der Ukraine und auch im regionalen Maßstab betrieben hat. Dass die erste Initiative Steinmeiers durch eine Art Putsch der rechten Kräfte zunichte gemacht wurde, kann man dem deutschen Außenminister kaum vorwerfen. Auch das Minsker Abkommen, bis heute die einzig tragfähige Grundlage für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen wurde durch die Bundesregierung vermittelt. Es war Steinmeier, der deutlich gemacht hat, dass die Ukraine zwar den NATO-Anschluss wünschen könne, ein Beitritt auf absehbare Zeit aber nicht in Frage komme (hinter vorgehaltener Hand heißt es in Berlin, dass die Ukraine weder der NATO noch der EU in den nächsten zwanzig Jahren beitreten werde – weil die Bedingungen schlicht nicht gegeben seien...)

Fazit: Eine kriegsvorbereitende und militärisch mobilisierende Politik sieht jedenfalls anders aus. Und auch hier komme ich zu dem Schluss: Es reicht, die tatsächliche Politik der Bundesregierung zu kritisieren und auf eine neue, entspannungsfördernde, de-eskalierende Ostpolitik zu drängen - da braucht es keine wirklichkeitsverzerrende Agitation und Propaganda.

PEGIDA und Mahnwachenbewegung haben ein Schlüsselthema gemein: Die Behauptung einer umfassenden Medienmanipulation, der nur sie widerstehen würden und die Behauptung die je eigene Bewegung würden in großem Stil diffamiert, ja verfolgt.

Die Logik dieser Behauptungen ist simpel: Weil die Herrschenden nun mal diese Bewegungen fürchteten, müssten diese daher gespalten und unterdrückt werden. Abgesehen davon, dass die Knie der Merkels, der von der Leyens angesichts von 6.000 Friedens-Demonstranten kaum zittern dürften, erfüllt diese Darstellung vor allem eine Funktion: Sie soll gegen Kritik immunisieren, die alten Feindbilder bestätigen und die Gruppe zusammenschweißen. Welch wichtige sozialpsychologische Funktion eine solche Weltsicht hat, kann man gut in den auf Ken.FM (so nennt sich der private Internet-Sender des Wortführers Ken Jebsen)

dokumentierten Montagsdemo-Reden nachfühlen: Ihr seid wichtig, weil ihr verfolgt und unterdrückt werdet, ihr seid was Besonderes, weil ihr das bestehende Manipulationssystem durchschaut. Und weil ihr die Lügen durchschaut habt, werdet Ihr schließlich doch Recht bekommen.

Auf Ken.FM ist auch zu sehen, wie sich ein Aktivist maßlos darüber aufregt, dass in der Bundesrepublik eine Art McCarthyismus losgebrochen sei. Nota bene: Damals verloren in den USA tausende ihren Job, viele wanderten gar ins Gefängnis, einige kostete die hemmungslose Hetzjagd gar den Kopf. Da stellt sich schon die Frage: In einer solchen Lage sollen wir sein? Geht's noch? Wo leben diese Menschen eigentlich? Wobei der Umkehrschluss nicht gilt, dass es keine Nachrichtenunterdrückung, keine wahrheitsverfälschenden Darstellungen oder auch keine antirussischen Hetz-Reden gäbe... Ich komme nach alledem zum Schluss: Eine Bewegung, die so stark von Irrationalismus (Feindbilder, Stereotype, Hass) geprägt ist, und die sich nach rechts hin öffnet, wird eher Wasser auf die Mühlen der organisierten Rechten sein, (und dies gilt gerade mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen um PEGIDA) als einer emanzipatorischen Friedensbewegung zugute kommen. Mein Vorwurf an diejenigen in unseren Reihen, die diese Linie mittragen, ist nicht, dass sie zu Aktionen aufrufen in diesem Winter aufrufen. Das ist bitter nötig. Es geht auch nicht darum, eine strikte Abgrenzung gegenüber neuen und schwierigen Formen des Widerspruchs zur herrschenden Politik zu verfolgen - der Dialog mit Teilen dieser Bewegung kann durchaus sinnvoll sein.

Mein Vorwurf lautet: Wer sich blind gegenüber den Risiken dieser neuen „Allianzbildung“ stellt, darf sich nicht wundern, wenn am Ende diejenigen ernten, die eine im Kern antizivilisatorische Politik verfolgen. Und daher ist es dringend notwendig, die Auseinandersetzung innerhalb der „linken“ Friedensbewegung weiter zu führen, wie heute eine vernunftgeleitete und auf breite Resonanz stoßende Friedensarbeit aussehen könnte. Die Möglichkeiten, breitere Teile der Bevölkerung, und darunter selbst konservative Milieus, zu erreichen, werden nicht zuletzt durch den Aufruf der 60 verdeutlicht. Warum also am rechten Rand fischen, der diese Möglichkeiten geradezu verbaut, weil die Friedensbewegung dadurch eher in Misskredit gerät?

Köln. 18.12.2014